

## Wie der Bund durch seine Institutionen düpiert wird

Claudia Roth will die Limbach-Kommission endlich ermächtigen. Doch restitutionsunwillige Museen können sich nach wie vor verweigern.

Die Frage, ob es sich bei einem Kunstwerk um einen NS-verfolgungsbedingten Vermögensverlust handelt, lässt sich nicht immer auf friedliche Weise klären. Die jüdischen Opfer des Naziregimes oder ihre Nachfahren laufen mitunter gegen eine Wand, wenn sie ein geraubtes, konfisziertes, zwangsversteigertes oder in einer Notlage veräußertes Kulturgut zurückhalten wollen oder eine andere faire und gerechte Lösung anstreben. Manche Museen, in deren Besitz sich ein solches Werk befindet, zweifeln den Anspruch der Antragsteller an und lehnen eine Rückgabe ab. Dies ist für die Leidtragenden entwürdigend und demotivierend. In einem solchen Streitfall kann jedoch die im Regierungsauftrag arbeitende „Beratende Kommission NS-Raubgut“ zur Vermittlung eingeschaltet werden.

Einer der Geburtsfehler dieser Institution besteht darin, dass sie nicht tätig werden darf, wenn die Kultureinrichtungen dies nicht wollen. Denn eine Einschaltung der Kommission allein durch die Opfer und deren Familien ist bisher nicht möglich. Seit Wochen beteuert Kulturstaatsministerin Claudia Roth, dass es ihr eine „Herzensangelegenheit“ sei, das Problem zu lösen. Deshalb werden ab Januar alle mit Bundesmitteln neu geförderten Kultureinrichtungen vertraglich verpflichtet, einer einseitigen Anrufbarkeit der Vermittler zuzustimmen. Diese Direktive ist nicht neu, sondern stammt ursprünglich von Roths Vorgängerin Monika Grütters, die sie bereits im November 2018 herausgegeben hatte. Im Februar 2019 betonte sie in einer öffentlichen Ausschusssitzung: „Die Auflage ist eingeführt und nicht nur angekündigt.“ Warum wiederholt Claudia Roth jetzt diese längst existierende Anordnung?

Bei der Verteilung von Bundesgeldern spielt das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste (DZK) in Magdeburg eine besondere Rolle, da es bisher 533 Projekte zur Provenienzforschung in Museen, Bibliotheken, Universitäten und Archiven finanziert hat. Doch das DZK hat die ministerielle Direktive von Grütters nicht umgesetzt. Diese absurde Situation besteht – man kann es kaum glauben – seit mittlerweile fünf Jahren. Seltsamerweise ist das Problem nie jemandem aufgefallen, zumindest wurde es nicht öffentlich kritisiert. In den Zuwendungsverträgen für die Kultureinrichtungen wird die einseitige Anrufbarkeit der Beratern der Kommission mit keinem Wort erwähnt, wodurch jene Forderung rechtlich gegenstandslos ist.

Dass die Anordnung immer noch ihre Gültigkeit besitzt, beweisen die jährlichen Schreiben des Bundesverwaltungsamts, die das Zentrum mit schöner Regelmäßigkeit an seine Pflicht erinnern. Das DZK will nach eigener Aussage „zentraler Ansprechpartner zu Fragen unrechtmäßig entzogenen Kulturguts“ sein. Doch ausgerechnet diese Institution macht es den NS-Opfern und ihren

Nachfahren mitunter unmöglich, eine Anrufung der Kommission zu erwirken. Wie kann das sein?

Andreas Görgen, der Vorsitzende des Stiftungsrats des DZK und Amtsleiter von Claudia Roth, sieht die Verantwortung nicht bei der Institution, sondern bei den Bundesländern, deren Vertreter im Stiftungsrat sitzen. Wie von Görgen zu erfahren war, haben sich mehrere der stimmberechtigten Länder, vor allem Bayern, immer wieder gegen eine Anrufbarkeit der Kommission gestemmt. Doch im Oktober wurde nach heftigen Auseinandersetzungen ein Durchbruch erreicht, indem die blockierenden Länder überstimmt werden konnten.

Ab Januar soll die Beratende Kommission in Streitfällen tätig werden können, wenn die NS-Opfer und ihre Erben dies wünschen. Die geförderten Institutionen sollen verpflichtet werden, in den Verträgen einer Befassung des Gremiums zuzustimmen. Falls sie im Nachhinein gegen diese Richtlinie verstoßen, müssen sie das erhaltene Geld zurückzahlen. Das ist durchaus als ein Erfolg von Roth und Görgen zu verbuchen, da somit etwas umgesetzt wird, was Monika Grütters bereits vor fünf Jahren versucht hatte.

Doch es erscheint wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn für welche Institutionen gilt die Direktive? Abgesehen von den ganz wenigen vom Bund getragenen Kultureinrichtungen sind die vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste geförderten Häuser gemeint. Das DZK hat seit 2020 jährlich lediglich zwischen 41 und 45 Museen bei der Provenienzforschung gefördert. Solche Projekte sind wichtig, aber die Anzahl ist angesichts von insgesamt 7120 Museen in Deutschland viel zu gering.

Vor allem gilt für jene Kultureinrichtungen, die keine Bundesmittel erhalten, dass es für sie auch in Zukunft keine Verpflichtung gibt, die Beratende Kommission zu akzeptieren. Wenn ein Museum nicht will, dass ein Streitfall über NS-Raubgut in den Mitgliedern des Gremiums bewertet wird, braucht es also lediglich auf einen Förderantrag beim Deutschen Zentrum Kulturgutverluste zu verzichten. Und der Bund kann auf Museen, die nicht von ihm finanziell unterstützt werden, keinen wirksamen Druck ausüben, da dies sonst die Kulturhoheit der Bundesländer tangieren würde. Das bedeutet allerdings auch, dass in den Fällen, in denen sich Museen uneinsichtig zeigen, das erlittene Unrecht jüdischer NS-Opfer bei Vermögensverlusten nicht rückgängig gemacht und das Recht am Eigentum nicht wiederhergestellt wird. Dies ist für Deutschland zutiefst beschämend, wie auch im Ausland aufmerksam registriert wird, und für die Opfer und ihre Familien weiterhin demütigend. Deshalb ist die verpflichtende Anrufbarkeit der Beratern der Kommission für die mit Bundesmitteln Geförderten nur ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen. HUBERTUS BUTIN

## Susan Neiman wehrt sich

Susan Neiman, Direktorin des Einstein Forums in Potsdam, wehrt sich gegen die Vorwürfe, die der ehemalige Verleger Ernst Piper als Grund für seinen Austritt bei PEN Berlin angegeben hat. Piper beklagte „selbstherrliche Verachtung gegenüber Israel“ als Außenwahr-

nehmung von PEN Berlin und benannte dabei konkret Neiman (F.A.Z. vom 1. Dezember). Die Philosophin, selbst israelische Staatsbürgerin, fordert Piper nun auf klarzustellen, auf welche ihrer Äußerungen er sich beziehe; aus ihrer Feder gebe es keinen Beleg für Verachtung gegenüber Israel. Neiman nimmt als Impulsgeberin am Kongress „Mit dem Kopf durch die Wände“ teil, den PEN Berlin am 16. Dezember ausrichtet. Dessen Festrede wird A.L. Kennedy halten, die den BDS unterstützt. F.A.Z.

Die Völlinvasion in der Ukraine hat Russlands demographische Krise verschärft. Nach Angaben der Statistikbehörde Rosstat übertraf die Sterblichkeitsrate in den letzten sieben Jahren die Geburtenrate bei Weitem. In diesem Jahr fiel die Geburtenquote auf 1,36 Kinder pro Frau, den niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Im Juli wurde bekannt, dass den Staatsmedien Berichte über die demographische Dynamik untersagt wurden, um keine Panik zu schüren. Jüngste Umfragen des demoskopischen Zentrums WZIAM ergaben, dass 39 Prozent der russländischen Frauen im gebärfähigen Alter in den nächsten fünf Jahren keine Kinder bekommen wollen, weil die materiellen Bedingungen unbefriedigend sind. 38 Prozent der Frauen begründeten dies mit der instabilen politischen Lage. Rosstat sagt bis 2045 einen Rückgang der Bevölkerung von 146 Millionen auf 139 Millionen voraus. Dem trotzte im Oktober der LDPR-Vorsitzende und Dumaabgeordnete Leonid Sluzkij mit seiner Forderung, Russlands Bevölkerung müsse sich bis 2073 auf 290 Millionen verdoppeln.

Der französische Philosoph Michel Foucault hat die Kapazität eines Staates, die Bevölkerung im politischen Interesse der Nation zu steuern, als Biopolitik bezeichnet. Diese impliziert den staatlichen Anspruch, sich ins Privatleben der Bürger einzumischen und sexuelle Lust und Reproduktion dem Aufbau einer gesunden, leistungsfähigen Nation dienstbar zu machen. Für die Biopolitik ist der Körper eine zentrale Ressource, ein Objekt der Macht- und Reproduktion. Im heutigen Russland gehört zur Biopolitik die Propagierung „traditioneller Familienwerte“, die heterosexuelle Normen und die patriarchalisch geprägte Geschlechterhierarchie fixieren. Dem Mann wird der öffentliche Raum und die Rolle des Beschützers und Ernährers, der Frau hingegen das Kinderkriegen im Privaten zugewiesen. Der Metropolit von Jekaterinburg, Jewgenij, bezeichnete dieses als fast so wichtig wie die Entwicklung der Rüstungsindustrie, der Kleriker forderte in diesem Sinn einen selbstlosen Dienst der Frauen an Staat und Gesellschaft. In den Lehrmitteln für das neue Hochschulpflichtfach „Grundlagen der russländischen Staatlichkeit“ wird die Entscheidung zur Kinderlosigkeit als „Todeskultur“ bezeichnet. Präsident Putin selbst kritisiert regelmäßig die Haltung des „Für-sich-Lebens“ als Ausdruck westlichen Egoismus, der der sozial orientierten Zielsetzung des Staatsaufbaus widerspreche. Das Aufbrechen des binären heterosexuellen Rahmens ohne reproduktive Verantwortung wird als „Bedrohung“ für die nationale Sicherheit angesehen. LGBTQ-Vertreter und Feministen werden als „Agenten des Westens“ und „fünfte Kolonne“ stigmatisiert und zu Extremisten erklärt.

Die Geschichte der russländischen Staatlichkeit zeichnete sich seit Jahrhunderten durch eine imperiale Biopolitik der Annexion neuer Gebiete und der Vereinnahmung ethnischer Gruppen aus. Die Ukraine ist keine Ausnahme. Zwecks Zwangsrussifizierung gelten in den separatistischen und besetzten Gebieten vereinfachte Regeln zur Erlangung russischer Pässe. Zugleich unterzeichnete Putin im April 2023 ein Gesetz, wonach die erworbene russische Staatsbürgerschaft aufgrund einer Diskreditierung der Armee durch sogenannte „Fake-Meldungen“ wieder entzogen werden kann. Nach dem neuen Gesetz sind hinreichende Gründe dafür nicht nur terroristische und extremistische Straftaten, sondern auch der Befund des Inlandsgeheimdienstes FSB, die Handlungen des Bürgers stellen „eine Bedrohung für die nationale Sicherheit“ Russlands dar. Wer sich dem Militärdienst entzieht, desertiert oder sich an Aktivitäten einer „unerwünschten Organisation“ beteiligt hat, dem kann ebenfalls der russische Pass entzogen werden.

Im Krieg versucht Russland, seine demographische Misere zu kompensieren, indem es ukrainische Kinder entführt. Nach Angaben des Nationalen Informationsbüros der Ukraine wurden seit Beginn der Invasion aus den besetzten Gebieten mehr als 19.000 Kinder deportiert. Sie sind das „Biomaterial“, das in absehbarer Zeit der Reichen der Armee auffüllen kann. So erhielt der Teenager Bogdan Jermochin, der aus Mariupol nach Russland gebracht wurde, kurz vor seinem 18. Geburtstag den Einberufungsbescheid. Jermochin konnte



Nachwuchspflege? Patriarch Kirill lässt Täubchen fliegen.

Foto Getty

## Sie schlagen und sie schimpfen sie

Biopolitik in Kriegszeiten: Durch die Deportation ukrainischer Kinder und Abtreibungsverbote will Russland seine katastrophale demographische Entwicklung kompensieren.

Von Alexey Tikhomirov

in die Ukraine zurückkehren. Indem Russland Kinder von Ukrainern zu Russen erzucht, wird die Ukraine zudem ihres künftigen Reproduktionskapitals beraubt. Nach Berichten von „Medusa“ wird den Kindern in Lagern und Pflegefamilien die russische Staatsbürgerschaft verweigert. Für den Ausspruch „Slawa Ukraini!“ („Ruhm der Ukraine!“) werden sie geschlagen und beschimpft. Sie müssen Kleidung mit Z-Symbolen tragen und sich Putins Grußbotschaften anhören. Der Vorsitzende der Partei Gerechtes Russland, Sergej Mironow, nahm mit seiner Frau ein einjähriges Mädchen aus Cherson in die Familie auf und änderte den Namen und Angaben zum Geburtsort des Kindes. Parallel dazu wurde russischen Eltern, die sich gegen den Krieg stellten, das Sorgerecht entzogen: beispielsweise der geflohenen Fernsehprecherin Marina Owsjannikowa und dem alleinerziehenden Vater Alexej Moschkow, der in einer Strafkolonie schmachtet.

Das Imperium will seine Völker in einen homogenen sozialen Körper integrieren, sofern sie sich dem politischen Zentrum gegenüber als loyal erweisen. Ein Loyalitätstest ist der Krieg. Freilich haben seit dem Beginn der Großinvasion mindestens 700.000 der am besten ausgebildeten jungen Russen das Land verlassen. Auch zieht Russland immer weniger Migranten aus den ehemaligen Sowjetrepubliken an. Diese suchen ihr Glück vermehrt in sichereren Ländern mit weniger Fremdenfeindlichkeit und bürokratischer Willkür. Migranten, die die russische Staatsangehörigkeit angenommen haben, werden, so berichtet das Portal „Verstka“, gezwungen, „freiwillige“ Wehrdienstverträge zu unterschreiben. In den vergangenen vier Jahren erhielten mehr als zweieinhalb Millionen Ausländer einen russischen Pass. Auch sie gehören für den Staat zur Biomasse künftiger Rekruten.

Um langfristig kriegstüchtig zu sein, verstärkt der Staat seine Kontrolle über den weiblichen Körper. Seit dem Beginn von Putins dritter Amtszeit 2012 und zumal seit dem Beginn des Konflikts in der Ukraine 2014 hat Russland die Möglichkeiten zur Abtreibung eingeschränkt und Geburten gefördert. Schon 2012 erklärte Putin vor der Föderalen Versammlung, die Norm in Russland müsse eine Familie mit drei Kindern sein. Dem sekundieren die Staatsduma und die orthodoxe Kirche. Im vergangenen Jahr schlug Patriarch Kirill zum wiederholten Male ein Abtreibungsverbot vor, lenkte dann aber ein und empfahl, bei Verheirateten müsse der Ehemann einer Abtreibung zustimmen. Der Dumaabgeordnete Dmitrij Gussew, der in

der Arbeitsgruppe für die Bewahrung und Stärkung traditioneller Werte sitzt, plädiert für Familien mit mindestens vier Kindern. Das Recht auf Abtreibung stand von Anfang an im Zentrum der Frauenbewegung des frühen 20. Jahrhunderts. Es waren die Bolschewiki, die im Rahmen ihrer Emanzipationspolitik den Frauen 1917 das Wahlrecht, 1918 das Recht auf Scheidung und 1920 das Recht auf Abtreibung gewährten. Die Hinwendung zu konservativen Werten erinnert an stalinistische Zeiten. Seit den frühen 1930er Jahren wurde versucht, dem Rückgang der Geburtenraten durch den Entzug des Bestimmungsrechtes über die eigene Reproduktion gegenzusteuern. Von 1936 bis 1955 war in der Sowjetunion Abtreibung verboten. Der reproduktive Heroismus wurde gepriesen. Wie einst „Völkervater“ Stalin führte Putin im August 2022 die Medaille „Mutterheldin“ ein. Für Familien mit zehn oder mehr Kindern zahlt der Staat eine Prämie von etwa 10.000 Euro.

Geld ist der universelle Problemlöser. Der Dumaabgeordnete Sultan Chamsajew hat der Regierung vorgeschlagen, abtreibungswilligen Schwangeren ihre Kinder abzukaufen. Für Geld sollen diese Frauen ihr Neugeborenes dem Staat überlassen. Die Vorsitzende des Duma-Ausschusses für Familie, Frauen und Kinder, Nina Ostanina, kritisierte Chamsajew dafür mit der Mahnung, Kinder seien keine Welpen. Putins Vorstellung, das Leben und Sterben seiner Bürger mit viel Geld zu steuern – freilich ohne Rücksicht auf die Rechte des Kindes oder der Eltern –, setzt Frauen in schwierigen Lebenssituationen zusehends unter Druck.

Offiziellen Statistiken des Gesundheitsministeriums zufolge sind die Abtreibungszahlen in Russland rückläufig: In jüngster Zeit sanken sie um 3,9 Prozent von 411.000 im Jahr 2021 auf 395.000 im Jahr 2022. Dennoch erblickt der Staat in den Abtreibungen eine große Gefahr für die nationale Sicherheit. Nicht der vom Kremlherrschler entfesselte Vernichtungskrieg mit Tausenden Toten, sondern ungewollt schwangere Frauen werden zur Ursache des derzeitigen „demographischen Winters“ erklärt.

Ab September 2024 gilt eine verschärfte Gesetzgebung für die Anwendung von Abtreibungsmedikamenten. Die „Pille danach“ droht aus dem freien Verkauf zu verschwinden. Daher hat die Feministin Irina Feinman mit anderen Aktivistinnen den Emergency Contraception Storage Fund gegründet. Feinmans Initiativgruppe kauft derzeit noch verfügbare Kontrazeptiva auf, um sie im Notfall an Bedürftige zu verteilen. Mit dieser bislang legalen Idee sollen sich Frauen vor ungewünschten Schwan-

gerschaften schützen. Die Petition „Wenn du Krieg führst, krieg auch selbst Kinder“ auf Change.org, die für das Recht auf Abtreibung kämpft, hat nahezu 50.000 Unterschriften gesammelt. Ihre Initiatoren fordern, öffentliche Gelder nicht für den Krieg, der Tausende tötet, sondern für die Gesundheitsversorgung und die soziale Unterstützung von Kindern und Müttern auszugeben. Die Verfasserinnen der Petition schreiben: „Wir haben das Recht auf einen friedlichen und freien Staat, in dem man keine Angst haben muss, einem neuen Menschen das Leben zu schenken.“

In Russland ist jede dritte Familie alleinerziehend. In einer solchen Situation Abtreibungen zu verbieten kommt nach Ansicht der ehemaligen Dumaabgeordneten Oksana Puschkina einem Verbrechen an den Frauen gleich. Das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen treibe die Betroffenen in die Illegalität, verstärke Armut und Sterblichkeit unter Frauen.

Doch der Gesundheitsminister Michail Muraschko findet, Frauen sollten erst gebären und dann studieren und Karriere machen dürfen. Jugend habe Priorität beim Kinderkriegen, erklärte Muraschko. Und immer mehr Regionen schließen sich Putins Antiabtreibungspolitik an. Auf der annektierten Krim weigern sich alle privaten Kliniken „freiwillig“, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. In den Regionen Mordowien, Twer und Tambow wurden Gesetze verabschiedet, die es verbieten, Frauen eine Abtreibung nahezu legen. Bei Verstößen dagegen werden Geldstrafen verhängt. Einer der Gesetzesbefürworter, der Dumaabgeordnete Dmitrij Gussew, warf privaten medizinischen Einrichtungen vor, dass sie die empfohlene „Woche der Stille“ ignorieren, bei der abtreibungswillige Schwangere ausführlich beraten werden. Gussew schlug eine Gesetzesinitiative vor, um die Rechte von Embryonen zu verankern, da diese seiner Meinung nach schon im Mutterleib eine Seele hätten. Die Antiabtreibungspolitik ist zum Prestigetema geworden. Der Gouverneur von Mordowien, Artjom Sdunow, berichtete im persönlichen Gespräch mit Putin stolz, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in der Republik sei um 42 Prozent zurückgegangen.

Auch die staatlich organisierte Zivilgesellschaft mischt sich in die Biopolitik zwecks Geburtenzahlensteigerung ein. Natalja Moskwitina, Gründerin der regierungsnahen Stiftung „Frauen für das Leben“, bezeichnet die Abtreibung als „unbedingtes Übel“ und ist der Meinung, dass sie ebenso wie Drogensucht, Prostitution und Pädophilie gesetzlich verboten werden sollte. Auf der Website ihrer Stiftung werden die „geretteten Babys“ gezählt, es sollen schon 3766 sein. Im Rahmen des Programms „Hallo, Mama!“ hat Moskwitina eine landesweite Kampagne gestartet: Durch Überzeugung und Verbote sollen Schwangere vom Schwangerschaftsabbruch abgehalten werden. Die Initiative erhielt Putins persönliche Unterstützung als eines der zehn besten Projekte des Forums „Starke Ideen für neue Zeiten“.

Moskwitina, die den Ukrainekrieg befürwortet und für den orthodoxen Fernsehender Spas berichtet, reist regelmäßig in die besetzten Gebiete. In Interviews fordert sie die Frauen auf, über Alltagsgorgen hinwegzusehen und Kinder als künftige Ressource für das Militär zu gebären, auch falls sie durch eine Vergewaltigung schwanger geworden seien. Es gehe um die große Aufgabe der Staatsbildung und der Erhaltung der Slawen als tragende Nation, so Moskwitina. Während sie Russland als Bastion „traditioneller Familienwerte“ preist, sind die Ukraine und der Westen für sie die Verkörperung liberaler und sexueller Freiheiten, die angeblich zu Unfruchtbarkeit und zur Auflösung der Familie führen. LGBTQ+ und Feministinnen vergleicht sie mit einem Krebstumor, der durch eine Operation entfernt werden müsse. Darüber hinaus ist Moskwitina der Meinung, dass sich eine Frau nur durch die Mutterschaft verwirklichen könne. Erst als Mutter von mindestens drei Kindern erlange die Frau das Recht auf Studium und Karriere.

Moskwitinas Aussagen stehen im Einklang mit dem Antiabtreibungskurs der Russisch-Orthodoxen Kirche. Unterstützt von ihrer Stiftung finden wöchentlich „Antiabtreibungsgottesdienste“ in Moskauer Kirchen statt. Während eines Gottesdienstes machte der Pfarrer Fjodor Romanenko die „teufliche Praxis der Abtreibung“ für die unbefriedigende politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes verantwortlich. Das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, schlägt vor, noch entschlossener zu handeln und ein föderales Gesetz zu verabschieden, das die „Anstiftung“ von Frauen zur Abtreibung verbietet. Kirill ist ein eifriger Verfechter von Putins Biopolitik, die einerseits die Männer in den Tod schiebt und andererseits die Frauen mit einer Mischung aus Moral, Geld und Abtreibungsverbot zur Steigerung der Geburtenraten bewegen will. Der Patriarch behauptete, die Bevölkerungszahl könne so wie durch einen Zauberstab erhöht werden. Und während die russischen Truppen bei ihren Angriffen auf das ostukrainische Awdjiwka nach Angaben des britischen Verteidigungsministeriums täglich bis zu tausend Mann verlieren, erklärte Putin auf dem „Weltkonzil“ des russischen Volkes das Jahr 2024 zum „Jahr der russischen Familie“. Der Präsident formulierte das Ziel einer alt-neuen „Mehrgenerationenfamilie“, in der es üblich sein würde, bis zu acht Kinder aufzuziehen.

**Alexey Tikhomirov** ist Fellow am Käte Hamburger Kolleg „Einheit und Vielfalt im echt“ an der Universität Münster.

Am 21. November 2023 verstarb im 98. Lebensjahr

Professor Dr.

### Hermann Passow

Emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Biophysik, Frankfurt am Main.

Die Max-Planck-Gesellschaft verliert mit Hermann Passow einen national wie international hoch angesehenen Biophysiker.

Schon vor seiner Berufung zum Wissenschaftlichen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Biophysik im Jahre 1970 galt Hermann Passow als einer der führenden Wissenschaftler seiner Zeit. Auf dem Gebiet der molekularen Membranforschung erntete er insbesondere mit seinen Untersuchungen zum Ionentransport an biologischen Membranen große Anerkennung. Damit trug er wesentlich zum wissenschaftlichen Renommee unseres Frankfurter Instituts bei. Ergänzend gab Hermann Passow als Honorarprofessor dem wissenschaftlichen Nachwuchs seine Erkenntnisse weiter, so dass auch auf diese Weise die Grundlagen für weitere Fortschritte in der Biochemie und Biophysik geschaffen werden konnten.

Die Max-Planck-Gesellschaft nimmt in Dankbarkeit Abschied von Hermann Passow und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Patrick Cramer**  
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft  
zur Förderung der Wissenschaften e.V.